

Über die Parteiideologien der Blockparteien der DDR

Der Titel mag trivial gewählt sein und dieses Thema scheint mir auch so zu sein. Es handelt sich um eine Zusammenfassung der Parteiideologie von NDPD, LDPD und CDU in der DDR, mit Hinblick auf deren Bedeutung für die Suche nach kleinbürgerlich orientierten Bündnispartnern für eine Volksfront, die wohl eine Art Neuauflage der Nationalen Front des demokratischen Deutschland darstellen wird. Die DBD wird ausgelassen, da das Material vor 1971 fehlt und zu diesem Zeitpunkt nach 1971 die Blockparteien bereits keine eigene Linie mehr besaßen. Dazu nun ein paar Details.

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands nach 1971, sowie die Ausrichtung der anderen Parteien dieser Zeitspanne

Vor 1971 war die DBD laut Hermann Matern eine Partei, welche „*die spezifischen Interessen der werktätigen Bauern vertritt*“¹, was allein aus dem Namen ersichtlich ist. Nach 1971 schien die Linie der Honecker-Clique zu sein, nicht nur eine revisionistische Kurswende in der eigenen Partei, der SED, durchzuführen, sondern die Nationale Front im allgemeinen zu homogenisieren. Mir liegt von der DBD, wie erwähnt, nur Material nach 1971 vor. Der Parteivorsitzende der DBD Ernst Goldenbaum betreibt in den Werken 1971 bis 1978, die in einem Sammelband zusammengefasst wurden, dem einzigen Sammelband von Werken eines ideologisch prägenden Mitglieds der DBD, auf sehr vielen Seiten Lobhudelei gegenüber Breshnew² und Honecker³. Des weiteren sagte er, dass die DBD-Mitglieder sich die Lehren von Marx, Engels und Lenin aneignen, sowie die Beschlüsse der SED verwirklichen sollen⁴. Damit verstand

1 „Das Mehrparteiensystem in der Deutschen Demokratischen Republik“ (April 1959) In: Hermann Matern „Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 257.

2 Siehe bspw.: „Unser herzlichster Glückwunsch“ (17. Juni 1977) In: Ernst Goldenbaum „Treue Kampfgefährten und Mitgestalter auf den Bahnen des Sozialismus“, Hrsg.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Berlin 1978, S. 531.

3 Siehe bspw.: „Unter Führung der SED weiter voran auf dem bewährten Weg“ (29. August 1977) In: Ebenda, S. 532 ff.

4 Vgl. „Drei Jahrzehnte treue Weg- und Kampfgefährten der SED“ (April 1978) In: Ebenda, S. 582.

man sich praktisch nur noch als „SED für Bauern“, was die DBD eigentlich obsolet gemacht hätte. Mao Tsetung sagte einst, dass die demokratischen Parteien des Kleinbürgertums, die den Sozialismus unterstützen, „Produkte der Geschichte“ seien und auch im Verlauf der Geschichte verschwinden werden unter bestimmten Bedingungen⁵. Diese Bedingungen wären bei der DBD gegeben gewesen, denn die SED selbst vertrat auch die Genossenschaftsbauern, wie es im Statut vom IX. Parteitag, der im Mai 1976 stattfand, geschrieben steht⁶. Das war aber keine „Honeckersche Neuheit“, sondern stand mindestens seit dem IV. Parteitag der SED im März/April 1954 im Statut der SED⁷.

Bei den anderen Parteien war es ähnlich. So sagte der Vorsitzende der NDPD Heinrich Homann, neben dem Hochloben der Person Honeckers⁸, über die Beschlüsse des VIII. Parteitags der SED, welche ihm zufolge eine „neue Phase“ eingeleitete hätten in der Entwicklung der DDR, das hier: *„Das ist bestimmend für Gegenstand und Ziel der ideologischen Arbeit unserer Partei bei der Mitwirkung an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.“*⁹ Das bedeutete in der Praxis eine Analogübernahme der SED-Positionen. Der Vorsitzende der LDPD Manfred Gerlach sah 1978 das Parteiprogramm der SED in der Praxis auch für seine Partei zur Umsetzung gültig¹⁰. Hans Loch, der einstige Vorsitzen-

5 Vgl. „Über die zehn großen Beziehungen“ (25. April 1956) In: Mao Tsetung „Ausgewählte Werke“, Bd. V, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1978, S. 335.

6 Siehe: „Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1976, S. 5.

7 Siehe: „Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 3.

8 Siehe: „Programm der Stabilität und der Sicherheit unseres weiteren Weges“ In: Heinrich Homann „Die NDPD – Mitgestalter der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR“, Verlag der Nation, Berlin 1986, S. 27.

9 „Der 10. Parteitag der NDPD zu Inhalt und Ziel ihrer ideologischen Arbeit“ In: Ebenda, S. 32/33.

10 Siehe: Manfred Gerlach „Die Mitwirkung der LDPD bei der Verwirklichung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe, insbesondere zur Unterstützung der territorialen Rationalisierung in den Kreisen, Städten und Gemeinden“ (19. April 1978) In: „LDPD – Staatsmacht – Landesverteidigung“,

de der LDPD, schrieb einmal: „Parteien ohne Parteiprogramm sind wie ein Staat, dem die Verfassung fehlt.“¹¹ Hier fehlte nicht das Parteiprogramm, sondern man übernahm analog ein fremdes Parteiprogramm als sein eigenes und gab damit praktisch die eigene Parteiideologie auf. Die CDU war keine Ausnahme. Im Vorwort zu einem 1977 erschienenen Sammelband von Werken August Bachs betonte der Vorsitzende der CDU Gerald Götting, dass man auf dem damals bevorstehenden 14. Parteitag der CDU die Beschlüsse vom IX. Parteitag der SED praktisch analog übernehmen wolle¹². Mancher mag meinen, dass das doch gut so sei, wenn die kleinbürgerlichen Parteien analog die Positionen der SED übernehmen. Aber dem ist nicht so. Zum einen geschah das nicht aus verändertem Bewusstsein, sondern auf Beschluss von oben herab, zum anderen wurden dann nicht konsequenterweise die Parteien aufgelöst, weil sie praktisch keiner Funktion mehr nachkamen als wirkliche Vertretung von Teilen der Werktätigen mit einer kleinbürgerlich-sozialistischen Weltanschauung. Diese Analogübernahme schuf die Auseinandersetzung mit solchen Ansichten nicht aus der Welt, sie verdeckte sie nur und förderte Karrierismus des bloßen Nachplapperns. Walter Ulbricht sagte einst: „Selbstverständlich kommen die verschiedenen Kreise der Bevölkerung von verschiedenen Positionen her zum Sozialismus. Für uns als Angehörige der Arbeiterklasse ist das einfacher, uns haben die alten Arbeiter schon in unserer Lehrlingszeit den Klassenkampf erklärt. Aber viele Angehörige der Intelligenz kommen vom Standpunkt der humanistischen Tradition zum Sozialismus, andere von christlichen Ideen her.“¹³ Wenn man das nicht beachtet, kann man nicht die kleinbürgerlich gesinnten Massen auf den Pfad des Sozialismus führen.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands

Buchverlag Der Morgen, Berlin 1978, S. 25.

- 11 „Parteien brauchen Programme“ (1950) In: Hans Loch „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 66.
- 12 Vgl. Gerald Götting „August Bach – ein aufrechter Streiter für Frieden und sozialen Fortschritt“ In: August Bach „Aus Reden und Aufsätzen 1946 – 1966“, Union Verlag, Berlin 1977, S. 8.
- 13 „Die Gemeinschaft des Volkes schafft Wohlstand und Glück im Sozialismus“ (22. September 1958), Walter Ulbricht „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. VII, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 522.

Die NDPD war eine patriotische Partei, die sich dem Sozialismus zuwandte. Sie entstand nach dem Abschluss der Entnazifizierung primär aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und patriotischen Teilen des Kleinbürgertums, welche für ein einiges und unabhängiges Deutschland eintraten. Am 25. Mai 1948 wurde die NDPD gegründet. Lothar Bolz wurde Parteivorsitzender. Über seine Vergangenheit sprach er im September 1954 in einer Wahlrede: *„Ich hatte kommunistische, sozialdemokratische, parteilose Antifaschisten in politischen Prozessen verteidigt und wurde dafür im August 1933 aus der Anwaltschaft ausgeschlossen. Ich emigrierte zunächst nach Polen und später nach der Sowjetunion, wo ich als Lehrer an Schulen und Hochschulen und dann als Redakteur einer deutschen Kriegsgefangenenzeitung tätig war.“*¹⁴ Auf der Potsdamer Tagung der NDPD im September 1948 sagte Bolz, dass man die „Interessen der Nation über alles stellen“ wolle und eine „von Anfang bis zu Ende konsequente nationale Politik betreiben“ wolle¹⁵. Auf dieser Tagung erkannte er an, dass die SED die Führerin der Arbeiterklasse ist¹⁶, obwohl er Ausdrückte, den Sozialismus der SED nicht analog übernehmen zu wollen¹⁷, aber er übte harsche Kritik an den anderen Parteien des Demokratischen Blocks. Gegen die CDU sagte er, dass sie die Religion in die Politik trage und es der NDPD nicht gefiele, da sie religionsunabhängig agiert und brachte es so auf den Punkt: *„Religion ist Privatsache.“*¹⁸ Der NDPD traute Bolz keinerlei Prinzipientreue zu, keinerlei wirklichen ideologischen Kern, sondern bezichtigte ihnen, dass dies für sie bloße „Handelsnuance“ sei¹⁹. Lothar Bolz sprach auf der Tagung auch sich gegen den Nazismus und Militarismus, sowie dessen Wurzel, das Preußentum, und nannte dies zusammen antinational²⁰. Über den Parteina-

14 „Ganz Deutschland muss dem friedlich arbeitenden deutschen Volk gehören“ (19. September 1954) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 715.

15 Vgl. „Einiges Volk! Einiges Land!“ (2. September 1948) In: Ebenda, S. 7.

16 Vgl. Ebenda.

17 Siehe: Ebenda, S. 9.

18 Ebenda, S. 8.

19 Vgl. Ebenda, S. 9.

20 Vgl. Ebenda, S. 11.

men sagte er: „Für uns nationale Demokraten ist im Grunde genommen national und demokratisch das gleiche, die Bezeichnung nationaldemokratisch eine Tautologie. Wir sind konsequente Demokraten, weil wir konsequent national sind, weil wir eine Nation ohne Brüche und Risse, ein einiges Land in der Hand eines einigen Volkes erstreben. So verstandene Demokratie ist der Garant der nationalen Einheit, des nationalen Bestandes.“²¹ Auf einer Friedenskundgebung im März 1949 sagte Lothar Bolz, dass pro-hitlerisch sein bedeutet anti-deutsch zu sein²². Über die Politik der amerikanischen Besatzer sagte Bolz: „Diese Politik ist pro-hitlerisch, pro-militaristisch, anti-demokratisch. Diese Politik ist anti-deutsch.“²³ Auf dem I. Parteitag der NDPD im Juni des selben Jahres legte Bolz den „nationalen Humanismus“ als die Parteiideologie dar, welche darin bestünde, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten und wandte sich gegen jene, die diesen bloß formal auffassen wollten oder auf die Börsenkurse schielen, als „Weltanschauung“²⁴, womit er sich antikapitalistisch ausdrückt. Am 7. Oktober 1949 war er bei der Gründung der DDR zugegen und begrüßte diese und nahm ausdrücklich Stellung gegen die Zerreißung der nationalen Einheit durch die BRD, die er „Bonner Separatstaat und Bonner Separatregierung“ nannte²⁵. Im Februar 1950 stellte Bolz auf der Konstituierung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zwei Grundsätze auf:

„1. daß wir Deutsche ein Recht darauf haben, unsere natürlichen Lebensfragen selbst zu lösen, und

2. daß diese unsere nationale Lebensfragen nur auf demokratische Grundlage gelöst werden können.“²⁶

21 Ebenda.

22 Vgl. „Deutschlands wahre Stimme“ (7. März 1949) In: Ebenda, S. 41.

23 Ebenda, S. 42.

24 Vgl. „Die Nationale Front und wir Nationale Demokraten“ (24. Juni 1949) In: Ebenda, S. 68.

25 Vgl. „Die Freiheitsstunde der deutschen Nation“ (7. Oktober 1949) In: Ebenda, S. 109 f.

26 „Der Hammer unserer Einheit“ (3. Februar 1950) In: Ebenda, S. 116.

Damit wandte er sich gegen die Handlanger der USA, welche die BRD schufen und führten. Auf dem II. Parteitag der NDPD Mecklenburg machte Bolz klar, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Niederlage des preußischen Militarismus, des Nazifaschismus und zugleich die Befreiung des deutschen Volkes war²⁷. In dieser Rede wandte er sich auch gegen Harry Trumans Aussage am 23. Juni 1941²⁸: *„Wenn wir sehen, dass Deutschland den Krieg gewinnt, dann sollten wir Russland helfen; und wenn Russland den Krieg gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und sie auf diese Weise so viele Menschen wie möglich töten lassen, obwohl ich Hitler keineswegs als Sieger hervorgehen sehen will.“*²⁹ Auf dem II. Parteitag der NDPD im Juni 1950 wandte er noch mal gegen die Aussage Trumans und gegen den im September 1944 von den US-Imperialisten entworfenen Morgenthau-Plan³⁰, der Deutschland in einen zerstückelten Agrarstaat verwandeln sollte. Auf dem Parteitag brachte Bolz seine Solidarität mit dem volksdemokratischen Vietnam gegen den Kaiser Bao Dai in Südvietnam, den Bolz mit Kaiser Puyi verglich, der in der Mandschurei als Vasall der japanischen Faschisten eingesetzt wurde³¹. Diese Solidarität galt dem Kampfe des vietnamesischen Volkes gegen den Imperialismus und für die Verwirklichung des Sozialismus in ihrem Heimatland. Im Februar 1951 sagte Ho Chi Minh auf dem II. Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams: *„Gegenwärtig besteht die Politik der USA darin, Reaktionen wie Tschiang Kai-schek, Syngman Rhee, Bao Dai und andere zu unterstützen und den Briten in Malaya zu helfen, die Freiheitsabsichten des Volks zu unterdrücken. Ebenso erleichtern die USA den Franzosen den Kampf in Vietnam, während sie selbst einen Aggressionskrieg in Korea führen und Taiwan besetzt halten, um die chinesische Revolution zu unterminieren.“*³² Einige Jahre später bezeichnete Ho Chi Minh

27 Vgl. „Deswegen heißen wir nationale Demokraten“ (12. Mai 1950) In: Ebenda, S. 126 f.

28 Siehe: Ebenda, S. 128.

29 Zit. nach: *New York Times* vom 24. Juni 1941, Englisch.

30 Siehe: „Deutschlands Rechte und des Deutschen Pflichten“ (16. Juni 1950) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 161.

31 Siehe: Ebenda, S. 149.

32 „Bericht auf dem Zweiten Nationalkongreß der Arbeiterpartei Vietnams“ (Februar 1951) In: Ho Tschih Minh „Revolution und nationaler Befreiungskampf“, R. Piper

den US-Imperialismus als den „Hauptfeind der Menschheit und des Friedens“³³. Diese Auflistung reaktionärer (faschistischer und halbfaschistischer) Regime findet sich auch bei Lothar Bolz in einer Rede im September 1954 in Leipzig, wobei er dort Franco ergänzt³⁴, sowie in einer Diskussionsrede vor der Volkskammer im Dezember 1954, wobei er dort Adenauer ergänzt³⁵. In Letzterer gab er Stalins Wort zu Bedenken³⁶, dass er am 17. Februar 1951 in einem Interview äußerte: *„Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu belügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.“*³⁷ Das mag für die damalige Zeit unbedeutend erscheinen, dass man Stalin noch positiv sah, besonders von nichtkommunistischer Seite. Aber dennoch ist es eine Aussage, die auch die Möglichkeit eines Kriegsausbruches durch den Imperialismus anerkennt, im Gegensatz zu Chruschtschow und Konsorten. Auf dem III. Parteitag der NDPD im Juni 1951 entlarvte Lothar Bolz, dass Adenauer Westdeutschland an die USA ausverkauft und die bürgerliche Demokratie in der BRD lediglich auf dem Papier des Stimmzettels steht, aber sie bei den konkreten Bürgerrechten aufhört³⁸. Auf diesem Parteitag brachte Bolz seine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zum Ausdruck³⁹. Auf dem Parteitag verabschiedete die NDPD auch ein Parteiprogramm. Dort wurde der Hitlerfaschismus zutiefst verurteilt als Ursache der nationalen Not

& Co Verlag, München 1968, S. 231/232.

33 „Telegramm an Lord Bertrand Russell“ (November 1966) In: Ho Chi Minh „Gegen die amerikanische Aggression“, Trikont Verlag, München 1968, S. 90.

34 Siehe: „Das deutsche Volk muss über Deutschland entscheiden“ (6. September 1954) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 690.

35 Siehe: „Ruf zur Tat“ (8. Dezember 1954) In: Ebenda, S. 739.

36 Siehe: Ebenda, S. 737.

37 „Interview mit einem Korrespondenten der ‚Prawda‘“ (17. Februar 1951) In: J. W. Stalin „Werke“, Bd. 15, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1979, S. 243.

38 Siehe: „Wir Deutsche entscheiden über Deutschland“ (17. Juni 1951) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 260.

39 Siehe: Ebenda, S. 296.

Deutschlands⁴⁰ und ein klares Bekenntnis zur DDR abgeliefert⁴¹. Man machte klar, dass man jeden patriotischen Deutschen für die Sache der NDPD gewinnen wollte⁴². Man bekannte sich in diesem Programm zur Planwirtschaft. Aus der Begründung: *„Unsere Wirtschaftsplanung gründet sich in erster Linie auf die eigene Kraft und die Ausnutzung der eigenen Möglichkeiten, bewahrt uns vor den Gefahren einer erniedrigenden ausländischen Schuldenverstrickung und ist uns Grundlage und Unterpfand unserer wirtschaftlichen und damit auch politischen Unabhängigkeit.“*⁴³ Im Mai 1952 wurde in Essen, in der BRD, eine Demonstration der FDJ niedergeschossen, wobei Philipp Müller getötet worden war⁴⁴. Lothar Bolz rief deshalb zum revolutionären Sturz von Adenauer auf: *„Die Schüsse von Essen haben endgültig und unwiderruflich Klarheit geschaffen: Es gibt nur einen Weg zu Deutschlands Einheit als der Grundlage für Frieden, Unabhängigkeit und Wohlstand unseres ganzen deutschen Vaterlandes, das ist der Weg über den Sturz Adenauers und seiner Regierung des nationalen Verrats.“*⁴⁵ Einen Monat später machte Lothar Bolz auf dem IV. Parteitag der NDPD klar, dass seine Partei die ehemaligen NSDAPler und den Mittelstand (also die Kleinbourgeoisie) im nationalen Befreiungskampf und gegen die deutsche Plutokratie (also die deutsche Bourgeoisie) führen wolle⁴⁶. Am 5. März 1953 hörte Stalins Herz auf zu schlagen. Am 13. März 1953 erschien in der „National-Zeitung“, dem Zentralorgan der NDPD, ein Artikel von Bolz, in welchem er seine Trauer um Stalin zum Ausdruck brachte. Er dankte ihm dafür, dass er dem deutschen Volk die Befreiung vom Faschismus brachte, lehrte, dass die friedliche Arbeit aller Werktätigen wahres Heldentum

40 Siehe: „Programm der National-Demokratischen Partei Deutschlands“ (18. Juni 1951) In: Ebenda, S. 316 f.

41 Siehe: Ebenda, S. 222.

42 Siehe: Ebenda, S. 315.

43 Ebenda, S. 223.

44 Siehe: „Zum Essener Blutsonntag“ (13. Mai 1952) In: Wilhelm Pieck „An die Jugend“, Verlag Neues Leben, Berlin 1955, S. 209.

45 „Deutschlands nationales Lebensrecht“ (17. Mai 1952) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 384.

46 Vgl. „Wir Deutsche wollen und werden Herren in ganz Deutschland sein“ (17. Juni 1952) In: Ebenda, S. 468 f.

bedeuten und endete: „*Stalin war wahrhaft der beste Freund des deutschen Volkes.*“⁴⁷ Er zitierte dort auch Stalins Aussage, die er im Februar 1942 tätigte: „*Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.*“⁴⁸ Bolz nannte das eine „Verpflichtung für unser Volk“ gegen die „Nachfolger und Nachbeter Hitlers diesseits und jenseits des Atlantiks“ zu kämpfen⁴⁹. Im August 1953 verkündete Lothar Bolz vor der Volkskammer, dass „*die Interessen der Großgrundbesitzer und der Monopolherren mit den Interessen der Nation unvereinbar sind*“⁵⁰. In der gleichen Rede warnte Bolz vor dem organisatorischen Einfluss von Nazis in der BRD⁵¹. Mit all diesen Ansichten machte Lothar Bolz klar, wie sehr sich die NDPD für die Interessen des werktätigen deutschen Volkes einsetzte. Zum 140. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig legte Lothar Bolz einen Kranz am Völkerschlachtdenkmal nieder und hielt dazu eine kurze Rede⁵². Diese Rede ist inhaltlich nicht von Bedeutung. Dafür aber der V. Parteitag der NDPD, der ganz im Zeichen des Jubiläums der Befreiungskriege gegen Napoleon stand. In dieser Rede gestand Bolz den Preußischen Reformen eine fortschrittliche Rolle zu⁵³. Lothar Bolz erinnerte außerdem an die Aussagen mehrerer Patrioten der preußischen Reformer. So zum Beispiel Gebhard von Blücher, der in einem Brief an Scharnhorst schrieb: „*Jetzt ist es wiederum Zeit zu duhn, was ich schon Anno 9 angerathen, nämlich die ganze Nation zu den Waffen zu anzurufen, und wann die Fürsten nicht wollen und sich dem entgegensetzen, sie sammt dem Bonaparte wegzujagen. Denn nicht nur Preußen allein, sondern das ganze deutsche Vaterland muß wiederum heraufgebracht und die Nation herge-*

47 Vgl. „An der Bahre Stalins“ (13. März 1953) In: Ebenda, S. 507 f.

48 „Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 55“ (23. Februar 1942) In: J. W. Stalin „Werke“, Bd. 14, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1976, S. 266.

49 Vgl. „An der Bahre Stalins“ (13. März 1953) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 508.

50 „Das Schicksal Deutschlands liegt in den Händen des deutschen Volkes“ (25. August 1953) In: Ebenda, S. 513.

51 Siehe: Ebenda, S. 514 f.

52 Siehe: „Vor 140 Jahren“ (15. Oktober 1953) In: Ebenda, S. 522 f.

53 Siehe: „Dem deutschen Volk ganz Deutschland und den Frieden“ (15. Oktober 1953) In: Ebenda, S. 538 ff.

stellt werden.“⁵⁴ Lothar Bolz zitiert dort auch aus einem Brief von Freiherr vom Stein: *„Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland.“*⁵⁵ In der Rede auf dem Parteitag widmete Bolz anschließend einen Abschnitt der feudalen Restauration nach 1815⁵⁶. Im selben Jahr kam ein Sammelband von ausgewählten Briefen von Carl von Clausewitz im Verlag der Nation, dem Parteiverlag der NDPD, heraus. In der Einleitung des Verlages wird Clausewitz als „ein großer deutscher Patriot“ und als „General des Fortschritts gewürdigt“⁵⁷. Hier sei ein Belegbeispiel für diese Einschätzung aus seinen Briefen zitiert: *„Die aber, welche sich aus lauter Anhänglichkeit an den König nicht von ihrem Gehalte und aus einer gesicherten Anstellung losreißen können, die aus lauter Patriotismus lieber auf Parade gehen als zur Schlacht, die den Namen Preußen unaufhörlich im Munde führen, damit der Name Deutsche sie nicht an schwerere, heiligere Pflichten mahne, sind schwerlich die Besten.“*⁵⁸ Auf dem Parteitag kam er auch auf den 17. Juni 1953 zu sprechen. Er charakterisierte ihn als eine „faschistische Provokation“ und sagte, dass man stolz sein könne, dass aus den Reihen der NDPD fast niemand sich auf die Seiten der Putschisten stellte, sondern weiterhin an der antifaschistisch-demokratischen Politik der Partei festhielt⁵⁹. Lothar

54 Brief an den Generalstabschef von Scharnhorst (5. Januar 1813) In: „Ausgewählte Briefe des Feldmarschalls Lebrecht von Blücher“, Voigtländer Verlag, Leipzig o. J., S. 41/42. Zitiert bei Lothar Bolz hier: „Dem deutschen Volk ganz Deutschland und den Frieden“ (15. Oktober 1953) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 543.

55 Brief an Ernst Friedrich Herbert zu Münster (1. Dezember 1812) In: Freiherr vom Stein „Briefe und Schriften“, Atlantis Verlag, Berlin o.J., S. 200. Bei Lothar Bolz hier zitiert: „Dem deutschen Volk ganz Deutschland und den Frieden“ (15. Oktober 1953) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 536.

56 Siehe: „Dem deutschen Volk ganz Deutschland und den Frieden“ (15. Oktober 1953) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 545 ff.

57 Vgl. „Einleitung“ In: Carl von Clausewitz „Ausgewählte Briefe“, Verlag der Nation, Berlin 1953, S. 31.

58 Brief vom 23. April 1809 In: Ebenda, S. 128.

59 Vgl. „Dem deutschen Volk ganz Deutschland und den Frieden“ (15. Oktober 1953) In: Lothar Bolz „Es geht um Deutschland“, Verlag der Nation, Berlin 1955, S. 610.

Bolz sprach von der „besonderen Verpflichtung“ der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, Offiziere und Berufssoldaten im Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Revanchismus⁶⁰. Auch sollte die NDPD von reaktionären Elementen gesäubert werden⁶¹. Im November des selben Jahres sagte Lothar Bolz in seiner Rede zum 36. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dass die DDR, wie auch die anderen volkdemokratischen Länder, beim Aufbau des Sozialismus der Sowjetunion als „leuchtendes Vorbild“ nacheifert⁶².

In einem Artikel zum Neujahr 1955 nannte Lothar Bolz Präsident Wilhelm Pieck den „besten Sohn des deutschen Volkes“⁶³. Als Thomas Mann starb, ehrte Lothar Bolz sein Vermächtnis in einer Ansprache auf der Staatstrauerfeier der DDR im August 1955⁶⁴. Im September 1955 lieferte Lothar Bolz auf dem VI. Parteitag der NDPD ein weiteres Bekenntnis zur DDR ab: *„Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert Fortschritt und Frieden auf deutschem Boden.“*⁶⁵ In seiner Rede betonte er, dass der Mittelstand, also die Kleinbourgeoisie, auch weiterhin mitbaut am Sozialismus⁶⁶. Als im selben Monat der Vertrag mit der Sowjetunion über die Souveränität der DDR unterzeichnet wurde, stellte er auch die Beziehung zur Volksrepublik China unter Mao in einer Rede vor der Volkskammer besonders heraus: *„Uns verbindet eine herzliche Freundschaft mit der Volksrepublik China.“*⁶⁷ Im April 1956 hielt Lothar Bolz eine

60 Vgl. Ebenda, S. 611 ff.

61 Siehe: Ebenda, S. 614 ff.

62 Vgl. „Die Kraft, die dem deutschen Volke aus der Freundschaft mit dem Sowjetvolk erwächst, ist unwiderruflich“ (7. November 1953) In: Ebenda, S. 636.

63 „Für ein Deutschland der nationalen Würde und der sozialen Gerechtigkeit“ (1. Januar 1955) In: Lothar Bolz „Für die Macht des Volkes und des Friedens“, Verlag der Nation, Berlin 1959, S. 6.

64 Siehe: „Sein Volk wird sein Werk vollenden“ (16. August 1955) In: Ebenda, S. 19 ff.

65 „Fluch dem deutschen Militarismus! Sicherheit den Völkern Europas! Friede und Einheit unserem deutschen Volk!“ (15. September 1955) In: Ebenda, S. 44.

66 Vgl. Ebenda, S. 107.

67 „Zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. September 1955“ (26. September 1955) In: Ebenda, S. 132.

Rede auf der 3. Zentralen Arbeitertagung der NDPD. Er sagte, dass viele der NSDAP anhängen, weil sie ihnen Sozialismus versprach und keine konkrete Vorstellung hatten, wie das auszusehen hat. Bolz sagte über den Sozialismus im damaligen Status quo: *„Das Wort Sozialismus hat – trotz Hitler – heute wieder seinen guten, seinen stolzen, seinen schönen Klang. Dank der deutschen Arbeiterschaft!“*⁶⁸ Damit erkannte er praktisch an, dass die marxistische Auffassung des Sozialismus richtig ist. Im Mai 1957 betonte Bolz die Wichtigkeit der nationalen Verteidigung auf der 4. Zentralen Arbeitertagung der NDPD: *„Es gehört zu den Lebensinteressen des deutschen Mittelstandes, daß unsere Nationale Volksarmee, daß die Kampfgruppen unserer Arbeiter in den Betrieben, daß die zivile Luftverteidigung technisch wie moralisch einen Stand erreichen, der uns in die Lage versetzt, jedem Angriff rasch ein vernichtendes Ende zu bereiten.“*⁶⁹ Ein weiteres Jahr darauf hielt Lothar Bolz abermals das Hauptreferat auf dem nun VII. Parteitag der NDPD. Zum Selbstverständnis der Parteitradition führte Bolz aus: *„Mit der Gründung unserer Partei im Jahre 1948 besann sich der deutsche Mittelstand auf das Vermächtnis seiner Väter, auf seine nationale Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft dabei zu helfen, das heilige Vermächtnis des Jahres 1848 von den Verfälschungen eines Jahrhunderts zu befreien und unter ihrer Führung den Kampf erfolgreich zu beschließen, in dem am 18. März 1848 der Schneidergeselle Glasenapp und der Schlosserlehrling Zinna auf der Barrikade an der Jägerstraße in Berlin ihr Blut vergossen.“*⁷⁰ Unmissverständlich machte Bolz klar: *„Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es weder ökonomisch noch politisch einen Mittelweg.“*⁷¹ Über innerparteiliche Diskussionen legte er zwei Grundsätze dar: *„Unklarheiten müssen bis zu Ende diskutiert werden. Irrige und feindliche Auffassungen müssen bis zu Ende ausgeräumt werden.“*⁷² Außerdem machte er klar, dass nur das deutsche

68 „Der deutsche Mittelstand am Beginn einer neuen Zeit“ (25. April 1956) In: Ebenda, S. 179.

69 „Für die Macht des Volkes und des Friedens“ (3. Mai 1957) In: Ebenda, S. 233.

70 „Unser Mittelstand baut mit am Sozialismus! Der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist das Fundament des Friedens in ganz Deutschland!“ (22. Mai 1958) In: Ebenda, S. 347.

71 Ebenda, S. 353.

72 Ebenda, S. 355.

Volk das Recht hat, über deutsche Interessen zu entscheiden, womit er das Banner der nationalen Unabhängigkeit hochhielt: „Über Deutschland will das deutsche Volk und über Deutschland wird das deutsche Volk entscheiden und sonst niemand.“⁷³ An dieser Haltung änderte sich bis 1971 nichts. Im 1969 erschienen Buch über die Geschichte der NDPD wird klar festgestellt, dass die Bourgeoisie antinational handelt: „Herrschaft des Imperialismus und Interessen der Nation stehen sich in Feindschaft gegenüber; die deutsche Bourgeoisie hat jeden Anspruch auf die Führung der Nation verwirkt; Führungskraft der Nation kann in unserer Zeit nur die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Kampfpartei sein; das Klasseninteresse der Arbeiterklasse ist mit den Interessen der Nation identisch.“⁷⁴ Die NDPD bejahte das Programm des Sozialismus im Mai 1963 auf ihrem VIII. Parteitag⁷⁵. Man entlarvte die fast gleichnamige NPD, die sich Anfang der 60er Jahre in der BRD gründete, als faschistische, demagogische Partei⁷⁶. Die NDPD entlarvte Brandts „neue Ostpolitik“ als einen Trick der Globalstrategie des US-Imperialismus⁷⁷. Die NDPD nannte den Sozialismus „die Zukunft ganz Deutschlands“⁷⁸, womit sie dessen nationale Rolle würdigen. Zum Abschluss des Buches stellte man das nochmals besonders heraus: „Im Sozialismus, der sich in der Deutschen Demokratischen Republik zum Vorbild für ganz Deutschland erhebt, verwirklicht sich das nationale und demokratische Anliegen unserer National-Demokratischen Partei Deutschlands.“⁷⁹ Damit machte man klar, dass der Sozialismus die deutsche Nation in eine Zukunft des Glücks führt und wirkliche Vaterlandsliebe bedeutet.

Zusammengefasst war die NDPD also eine Partei, die aus deutschem Patriotismus sich zum Sozialismus bekannte. Man sah, dass der Sozialismus die Interessen des

73 Ebenda, S. 383.

74 „Zwanzig Jahre National-Demokratische Partei Deutschlands“, Verlag der Nation, Berlin 1969, S. 131.

75 Vgl. Ebenda, S. 141.

76 Vgl. Ebenda, S. 150.

77 Vgl. Ebenda, S. 152.

78 Vgl. Ebenda, S. 165.

79 Ebenda, S. 167.

werktätigen deutschen Volkes verwirklicht und dem deutschen Volk Wohlstand und Glück beschert. Sie war also sozialistisch-patriotisch ausgerichtet.

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

Die LDPD stand in der Tradition von kleinbürgerlichen Demokraten und kämpferischen Humanisten⁸⁰. Dies fand im Statut der LDPD vom 12. Parteitag im Jahre 1977 den Ausdruck, dass man eine Verbundenheit zum „revolutionär-demokratischen und humanistischen Erbe“ habe, welches sich im Sozialismus bewahrheitet⁸¹. Bis zu einem klaren Bekenntnis zum Sozialismus brauchte es innerhalb der LDPD einige Zeit. Im Gründungsaufwurf vom 5. Juli 1945 steht der Schutz des Privateigentums festgeschrieben, aber auch die Verstaatlichung von Betrieben „einer übermäßigen Größenordnung“⁸². Am 1. Juli 1945 verfasste Johannes Dieckmann einen Aufruf zur Gründung der Deutschen Sozialliberalen Partei, der in der Nationalisierung von Großbetrieben in Industrie und Landwirtschaft die selbe Forderung hatte, aber insgesamt etwas radikaler in den programmatischen Forderungen war⁸³. Nach der Gründung der LDPD schloss sich Dieckmann der Partei an. Wilhelm Külz, der damalige Vorsitzende der Partei, blickte besonders in der Anfangszeit viel auf die Weimarer Republik zurück und scheute sich nicht vor Kritik. So sagte er, dass zwar die Demokratie in Weimar Staatsform gewesen sei, aber nicht Staatsinhalt⁸⁴. Külz nannte die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 ein „echtes Bekenntnis zur Demokratie“, gab aber

80 Vgl. Rudolf Agsten/Manfred Bogisch/Wilhelm Orth „LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 10.

81 Vgl. „Satzung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“, Hrsg.: Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD, Erfurt 1977, S. 7.

82 Vgl. Rudolf Agsten/Manfred Bogisch/Wilhelm Orth „LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 44.

83 Siehe: „Aufruf der Deutschen Sozialliberalen Partei“ (1. Juli 1945) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 13 ff.

84 Vgl. „Über Gräber vorwärts!“ (3. August 1945) In: Wilhelm Külz „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1984, S. 16.

zu, dass „die Verfassung“ lediglich „Fassade blieb“⁸⁵. Trotz der teils harten Kritik an Weimar erkannte Külz dennoch nicht den Klassencharakter der Demokratie an. So auch bei Dieckmann⁸⁶. Wilhelm Külz unterstützte die Bodenreform, die den feudalkunkerlichen Großgrundbesitz beseitigte⁸⁷. Dieckmann unterstützte sogar die Einführung der Planwirtschaft und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel⁸⁸. Die LDPD kritisierte damals zwar das Monopolkapital und dessen reaktionäre Rolle, aber strebte praktisch präimperialistische Verhältnisse an⁸⁹. Dennoch gab es innerhalb der LDPD imperialistische Kräfte, wie beispielsweise um Waldemar Koch, die das Monopolkapital restaurieren wollten⁹⁰. Diese reaktionären Kräfte haben versucht sich gegen die Volksabstimmung in Sachsen im Juni 1946 zu stellen, in der darüber beschlossen wurde, das faschistische Monopolkapital zu enteignen, aber insgesamt unterstützte die LDPD dennoch den Volksentscheid⁹¹. Külz definierte den Faschismus als „nach Weltherrschaft strebenden Imperialismus“⁹², womit er sich sicherlich bewusst an Dimitroff anlehnt.

Dieckmann sagte einst, dass „liberal“ weniger ein Aktionsprogramm, als viel mehr eine Geisteshaltung bedeuten würde⁹³ und blickte dabei etwas ins 19. Jahrhundert zurück. Hans Loch schrieb dies über den Liberalismus der LDPD: „Unser ‘Ja’ zum

85 Vgl. „Unechte und echte Demokratie“ (11. August 1945) In: Ebenda, S. 22.

86 Siehe: „Demokratische Existenz heute“ (6. August 1945) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 28.

87 Siehe: „Bodenreform und Demokratie“ (9. Dezember 1945) In: Wilhelm Külz „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1984, S. 35 f.

88 Siehe: „Redemanuskript zu Fragen der Wirtschaftspolitik“ (27. Oktober 1946) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 47 ff.

89 Vgl. Rudolf Agsten/Manfred Bogisch/Wilhelm Orth „LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 53 f.

90 Vgl. Ebenda, S. 62.

91 Vgl. Ebenda, S. 80 f.

92 „Erkenne dich selbst“ (29. Dezember 1946) In: Wilhelm Külz „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1984, S. 95.

planmäßigen Aufbau des Sozialismus bedeutet keine Drehung um 180 Grad. Der demokratische Liberalismus ist im Gegensatz zum Liberalismus des Manchestertums immer und mit allen Mitteln bestrebt gewesen, denen Freiheit von Fesseln und Bevormundung zu bringen, die der Ausbeutung und der Unfreiheit am stärksten ausgeliefert waren, den schaffenden Menschen. Das beweisen die unzähligen, von den Liberaldemokraten und den Arbeitern gemeinsam gefaßten Resolutionen schon zu dem Parlament in der Paulskirche im Jahre 1848.“⁹⁴ Man grenzte sich also vom Wirtschaftsliberalismus ab und übernahm die politische und ökonomische Befreiung des Menschen. Die LDPD war also radikaldemokratisch und humanistisch gesinnt. An dieser Stelle eine Rückschau ins 19. Jahrhundert. Robert Blum stellte in einem Aufruf vom 3. März 1848 insgesamt neun Forderungen, die primär bürgerlich-demokratische Rechte umfassten, darunter auch die Direktwahl, sowie Unterstützung für verarmte Teile der Bevölkerung⁹⁵. Natürlich sind Sozialreformen keine Verwirklichung des Sozialismus, aber man sieht, dass das liberale Denken damals nicht im allgemeinen primär der Wirtschaftsliberalismus ist, den Hans Loch als „Manchestertum“ bezeichnet. Auch in einer Rede vor der Paulskirchenversammlung betonte Blum die Notwendigkeit der Hilfe für die Armen und wandte sich gegen jene, die meinten, dass dies zu teuer sei, mit dem Hinweis, dass die gestürzten Höfe der Adlignhäuser teurer waren, als das⁹⁶. Blum wandte sich auch gegen den Kadavergehorsam vor dem herrschenden „Gottesgnadentum“⁹⁷ und ging sogar soweit über den preußischen König zu schreiben: „Hoffentlich wird Fr(iedrich) Wilh(elm) IV. das Schicksal Ludwigs XVI. haben.“⁹⁸ Bekanntlicherweise wurde Ludwig der XVI. von Frankreich nach einem Fluchtversuch aus dem revolutionär-bürgerlichen Frankreich öffentlich

93 Vgl. „Um den rechten Weg“ (2. August 1952) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 120.

94 „LDPD und Sozialismus – Arbeit und Leistung sind entscheidend“ (4. Oktober 1952) In: Hans Loch „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 114.

95 Siehe: „Aufruf an die Freisinnigen Sachsens“ (3. März 1848) In: Robert Blum „Briefe und Dokumente“, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1981, S. 51 f.

96 Siehe: „Zur Bildung der provisorischen Zentralgewalt“ (20. Juni 1848) In: Ebenda, S. 82 f.

97 Siehe: „Die Stellung der Soldaten in Deutschland“ (6. März 1848) In: Ebenda, S. 54 f.

enthauptet. Bei Friedrich Hecker, dem Namensgeber des Heckeraustands, findet sich ein klares Bekenntnis gegen die feudale Ausbeutung: „[...] jemehr zur Aufrechthaltung der alten Gesellschaft und ihrer Formen, ein Heer von Beamten und Soldaten, von Junkern und Fürsten, die unproduktive Thätigkeit, die produktive Kraft des Volkes in Anspruch nimmt, desto rascher untergräbt die Erhaltung dieser Ordnung die Ordnung selbst.“⁹⁹ Gleiches gilt für die kapitalistische Gesellschaft. Und bei Hecker findet sich auch: „Die soziale Frage und ihre Lösung ist der Stein der Weisen, den die altweltlichen Staatsalchemisten vergeblich suchen.“¹⁰⁰ Natürlich hatte er dabei als Lösung die bürgerliche Gesellschaft im Auge. Er sah aber auch, dass die großkapitalistische Industrie die Kleinbetriebe „wie Saturn seine Kinder auffrißt“ und auf der einen Seite Millionäre, auf der anderen Seite Proletarier gebärt¹⁰¹. Damit war er um Längen ehrlicher als die Wirtschaftsliberalen, welche auf eine demagogische Weise den Kapitalismus als eine harmonische Gesellschaft darzustellen versuchen, wie sie nicht ist. Wilhelm Külz sagte zum 100. Jahrestag der 1848er Revolution: „Die Geschichte der Menschheit zeigt, daß entscheidende Fortschritte der Menschheitsentwicklung oft nicht im organischen Werden, sondern im revolutionären Sturmloch erzielt worden sind.“¹⁰² Külz charakterisierte Parteien in einer Rede in Dresden im April 1946 folgendermaßen: „Partei ist in Wirklichkeit ein Instrument zur politischen Erziehung des Volkes. Ohne Partei kann man niemals an eine Aufbauarbeit rangehen.“¹⁰³ Er wehrte sich dagegen, dass Reaktionäre die LDPD übernehmen¹⁰⁴. In dieser Rede erkannte er auch an, dass Patriotismus und Internationalismus keine Gegensätze sind, sondern

98 Brief an die Frau (25. bis 27. Juni 1848) In: Ebenda, S. 87.

99 „Trenton-Rede“ (4. Juli 1871) In: Friedrich Hecker „Reden und Vorlesungen“, Verlag der C. Witter'schen Buchhandlung, St. Louis 1872, S. 15 (Nachdruck von Hansebooks).

100 „Unsere Republik, ihre Kritiker und Gegner“ In: Ebenda, S. 19.

101 Vgl. „Trenton-Rede“ (4. Juli 1871) In: Ebenda, S. 15.

102 „Im Fortschritt ist die Zukunft“ (17./18. März 1948) In: Wilhelm Külz „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1984, S. 149.

103 „Die Partei als Instrument politisch Erziehung“ (4. April 1946) In: Ebenda, S. 58.

104 Siehe: „Ein Jahr politische Parteien“ (12. Juni 1946) In: Ebenda, S. 68.

Notwendigkeiten und berief sich dabei auf einen Ausspruch von Friedrich Schiller¹⁰⁵. Ein Jahr darauf wies Külz auf dem II. Parteitag der LDPD die Behauptung zurück, dass die Parteien in Ostdeutschland bloß „Marionetten der SED“ seien: *„Jede Partei hat ihre Selbstständigkeit und völlige Unabhängigkeit. Es ist töricht, wenn man sagt, die LDP und CDU seien Schleppenträger der SED... Wir wollen uns frei machen von demagogischer Tätigkeit. Parlamente sind keine Antragsfabriken. Das Volk will keinen überspitzten Parlamentarismus, sondern die praktisch helfende Tat.“*¹⁰⁶ Im November 1947 sagte Külz vor dem Parteivorstand der LDPD, dass man im Block mit der SED in vier Punkten zur Deutschlandpolitik übereinstimmt:

1. *in der Frage der Ausmerzung aller faschistischen Gedankengänge,*
2. *im Willen zu einer Friedenspolitik,*
3. *im Willen zu einem deutschen Einheitsstaat,*
4. *im Willen zu einer wahren Demokratie.“*¹⁰⁷

Und auch noch vier Tage vor seinem Tode sagte Külz in einer Rede, dass die Sowjetunion friedfertig ist und warnte vor den erdrückenden Bedingungen des Marshall-Plans¹⁰⁸. Am 6. Oktober 1949 auf der 3. Sitzung des Zentralvorstandes der LDPD sah Johannes Dieckmann die Notwendigkeit der Gründung eines deutschen Staates im Osten, weil die Westmächte die Zonengrenzen zu Staatsgrenzen haben werden lassen, als sie die BRD schufen¹⁰⁹.

Im September 1952 legte Hans Loch auf der I. Konferenz der Parteibeauftragten dar, dass die LDPD den sozialistischen Humanismus als Parteiideologie hat. Aus seiner Rede: *„Für uns Liberaldemokraten ist der Sozialismus die Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts, nicht lediglich das Bildungsideal, das man Humanismus nennt, sondern die Humanität schlechthin, die in ihrer Menschlichkeit, in ihrer Gesittung und*

105Vgl. Ebenda, S. 67.

¹⁰⁶ „Wohin gehen wir?“ (4. - 7. Juli 1947) In: Ebenda, S. 124. Punkte in der Quelle.

¹⁰⁷ „Zur Lage in der LDPD“ (11. November 1947) In: Ebenda, S. 134/135.

¹⁰⁸Vgl. „Über die politische Lage“ (6. April 1948) In: Ebenda, S. 159/160.

¹⁰⁹Vgl. „Überlegungen zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik“ (6. Oktober 1949) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 87 ff.

ihrem den Mitmenschen achtenden und fördernden Geiste die Entwicklung bestimmt.“¹¹⁰ Im Juli 1956 nennt Hans Loch die „Vollendung des Humanismus in der Humanität des Sozialismus“ das „geistige Fundament“ der LDPD¹¹¹. Damit erklärte er den sozialistischen Humanismus praktisch zur Parteiideologie der LDPD. Im August 1952 stimmte Johannes Dieckmann dem zu, dass die LDPD um die Verwirklichung der Idee der Humanität kämpfen würde und deshalb mit am Sozialismus baut¹¹². Schon im Jahre 1950 notierte Hans Loch: „Das deutsche Schicksal entscheidet nicht das Großbürgertum, auch wenn es sich noch im Besitz der staatlichen Machtmittel befindet. Das deutsche Schicksal entscheiden die deutsche Arbeiterschaft und die mit ihr ökonomisch und politisch verwandten Schichten des Kleinbürgertums.“¹¹³ Die LDPD sah ihre Rolle im Bündnis mit der Arbeiterklasse, als Klassenvertretung eines Teils der Kleinbourgeoisie. Dennoch machte Johannes Dieckmann klar: „Unsere Partei ist keine marxistisch-leninistische Partei!“¹¹⁴ Er hielt es jedoch für keine schlechte Sache, wenn man sich dennoch mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigt¹¹⁵. Hans Loch sah das ähnlich. Im September 1952 sagte er, dass es opportunistisch anmutet, wenn ein Mittelständler über Nacht behauptet, er sei Marxist-Leninist geworden¹¹⁶. Im April 1958 machte er klar, dass der Marxismus-Leninismus nicht die Parteiideolo-

110 „Sozialismus – die Humanität des 20. Jahrhunderts“ (25. bis 27. September 1952) In: Hans Loch „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 105.

111Vgl. „Die geistigen Grundlagen unserer Partei“ (8. und 15. Juli 1956) In: Ebenda, S. 147.

112Vgl. „Um den rechten Weg“ (2. August 1952) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 119 f.

113 „Das deutsche Schicksal entscheiden...“ (1950) In: Hans Loch „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 67.

114 „Aus der Diskussionsrede auf der 3. Sitzung des Zentralvorstandes der LDPD“ (20./21. Februar 1958) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 164.

115Vgl. Ebenda, S, 165.

116Vgl. „Sozialismus – die Humanität des 20. Jahrhunderts“ (25. bis 27. September 1952) In: Hans Loch „Aus Reden und Aufsätzen“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1985, S. 104.

gie der LDPD ist, aber man es für richtig hält, wenn sich die Mitglieder mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigen¹¹⁷. Im Januar 1961 reiste Johannes Dieckmann auf Einladung liberaler Studenten nach Marburg an der Lahn. Dort machte er in seiner Rede klar: „*Man braucht nicht Marxist zu sein, um den Sozialismus mit aufzubauen.*“¹¹⁸ Das traf auf Millionen von DDR-Bürgern zu. Ansonsten hatte Dieckmann im Mai 1966 einige Vorschläge zu Umweltschutzmaßnahmen¹¹⁹, die erst in einem Gesetz vom 14. Mai 1970 Beachtung fanden¹²⁰.

Zusammengefasst war die LDPD nicht liberal aufgrund des Wirtschaftsliberalismus, sondern aufgrund des kämpferischen Humanismus, der die andere Strömung des Liberalismus bildete. Sie war also humanistisch-sozialistisch ausgerichtet.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Die CDU war eine christlich-sozialistische Partei und zwar von ihrer Gründung am 26. Juni 1945 an¹²¹, nicht erst seit 1952, wie es in der BRD behauptet wird. Man war für die Verwirklichung des Sozialismus aus christlicher Verantwortung¹²², gegründet auf dem Gebot der Nächstenliebe¹²³. Die Partei wurde für ganz Deutschland gegründet und auch die West-CDU bekannte sich formell zu einem christlichen Sozialismus¹²⁴,

117Vgl. „Unsere Haltung zum Marxismus-Leninismus“ (10. April 1958) In: Ebenda, S. 162 f.

118 „Aus dem Protokoll des Vortrages und der Diskussion in Marburg (BRD)“ (13. Januar 1961) In: Johannes Dieckmann „Dokumente – Reden – Aufsätze“, Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982, S. 190.

119Siehe: „Sozialistische Landeskultur – eine nationale Aufgabe“ (7. Mai 1966) In: Ebenda, S. 236 ff.

120Siehe: Ebenda, S. 239, Fußnote.

121 <https://images.jacobinmag.com/2017/05/08093536/CDU-Poster-1946-for-Socialism.jpg>

122Vgl. „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der DDR“, Union Verlag, Berlin 1980, S. 8.

123Vgl. „Satzung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“, Hrsg.: Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, o. O. 1964, S. 4.

124 https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlerer_Programm

auch wenn sie es nicht so nannten. Das war aber, wie auch für Jakob Kaiser, der eine kurze Zeit lang Vorsitzender der Ost-CDU war, bloß Demagogie, um die Massen zu ködern. Jakob Kaiser nannte sich später den „Wellenbrecher des Marxismus“¹²⁵. Er wurde als Demagoge entlarvt und abgesetzt. Danach war Otto Nuschke Vorsitzender der CDU. Er resümierte über Jakob Kaiser: *„Der lauteste Rufer nach einer neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung war Jakob Kaiser. Er ist seinem Programm und darum dem Geiste des Gründungsaufrufes am meisten untreu geworden.“*¹²⁶ Schon in Weimar wandte Nuschke sich gegen den aufkommenden Faschismus und war gegen den Antikommunismus. So schlug er im Februar 1922 im Preußischen Landtag vor, dass man der Sowjetunion Hilfe zukommen lassen solle gegen die Hungersnot aufgrund des Bürgerkriegs¹²⁷. Das erste Mal äußerte er sich gegen den Faschismus im November 1922, damals noch von der DNVP¹²⁸. Im Februar 1924 lehnte er es ab, dass man KPD-Abgeordnete strafverfolgt¹²⁹. Im September 1932 schloss man Nuschke aus einer Sitzung des Preußischen Landtages aus, weil er Kritik an Wilhelm Kube, Mitglied und Abgeordneter der NSDAP, übte¹³⁰. So war Nuschke vor 1945 kein unbeschriebenes Blatt, was pro-sozialistische Politik betraf, im Gegenteil. Im Juli 1949 lobte er die Umsetzung der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch Stalin, während er die Verleumdungen durch Marshall dagegen zurückwies¹³¹. Zu Weihnachten 1949 machte Nuschke dieses Bekenntnis zum Sozialismus: *„[...] wenn Christus heute unter uns wandeln würde, dann wäre er wie damals der Freund der Fischer und Hirten, so heute der Prediger der Industriearbeiter, der armen Weber, der Tischler und*

¹²⁵ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=855c34af-9af5-3c16-2bbf-c005c82e227a&groupId=252038

¹²⁶ „Fünf Jahre CDU“ (25. Juni 1950) In: Otto Nuschke „Reden und Aufsätze“, Union Verlag, Berlin 1957, S. 219.

¹²⁷ Siehe: „Hilfe für die UdSSR“ (13. Februar 1922) In: Ebenda, S. 18 ff.

¹²⁸ Siehe: „Gegen deutsch-völkische Faschisten“ (30. November 1922) In: Ebenda, S. 22 ff.

¹²⁹ Siehe: „Die Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneten, u. a. Wilhelm Piecks, wird abgelehnt“ (1. Februar 1924) In: Ebenda, S. 54.

¹³⁰ Siehe: „Ausschluss aus der Sitzung“ (22. September 1932) In: Ebenda, S. 89.

¹³¹ Siehe: „Die Sowjetunion im Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands“ (2. Juli 1949) In: Ebenda, S. 164 f.

der Holzfäller. Das Christentum ist die Religion der Armen, der Hungrigen und der Notleidenden. Heute würde Christus die Notquartiere der heimatlosen Umsiedler, der Alten und Kranken aufsuchen und ihnen das Heil verkündigen. Es ist darum wirklicher christlicher Geist, wenn wir heute von einem Sozialismus sprechen, und wenn die Christlich-Demokratische Union sich von Anbeginn ihres Bestehens zu diesem Sozialismus bekannt hat. Es darf für uns kein Lippenbekenntnis sein, sondern er fordert von uns die wirkliche Tat.“¹³² Im Mai 1950 charakterisierte Otto Nuschke den Antikommunismus ganz offen so: „Das, was man jetzt im Westen Antibolschewismus nennt, das ist in Wahrheit eine andere Form des Faschismus. Faschismus und Antibolschewismus sind zwei Namen für ein und dieselbe schlechte Sache.“¹³³ Zu Weihnachten 1950 kritisierte er die Kriegspolitik Trumans und wies auf das hin, was Truman im Juni 1941 sagte¹³⁴: „Wenn wir sehen, dass Deutschland den Krieg gewinnt, dann sollten wir Russland helfen; und wenn Russland den Krieg gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und sie auf diese Weise so viele Menschen wie möglich töten lassen, obwohl ich Hitler keinesfalls als Sieger hervorgehen sehen will.“¹³⁵ Mit diesen Worten entlarvte Truman, dass er den US-Imperialismus als der „sich freuende Dritte“ sehen wollte. In einer Rede vom März 1951 machte sich Nuschke darüber lustig, dass der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher alles aus dem Osten für „kommunistisch“ erklärte, so zum Beispiel den Kampf um die Erhaltung des Friedens und zog eine Analogie zu Marx´ „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“¹³⁶, weil sich Marx darüber lustig machte, dass selbst bürgerlich-liberale Maßnahmen zu „sozialistischen“ erklärt worden sind. Was wirklich sozialistisch ist, war Otto Nuschke bewusst. In einem Artikel zum evangelischen Kirchentag 1951 schrieb Nuschke: „Wo denn je vertritt die Bibel den Gedanken, daß Christ und Kapitalist identisch sein müßten? Wohl aber kann man aus hundert Stellen der Heiligen Schrift das Gegenteil herauslesen. Der Sozialismus ist der Bergpredigt verwandter als alle anderen Wirtschaftsfor-

132 „Den Menschen ein Wohlgefallen“ (25. Dezember 1949) In: Ebenda, S. 186 f.

133 „Wir arbeiten mit im großen Friedenslager!“ (16. Mai 1950) In: Ebenda, S. 213.

134 Siehe: „Licht in der Finsternis“ (24. Dezember 1950) In: Ebenda, S. 257.

135 Zit. nach: *New York Times* vom 24. Juni 1941, Englisch.

136 Vgl. „Der Weg zu einem unabhängigen Vaterland“ (5. März 1951) In: Otto Nuschke „Mahnung und Beispiel“, Union Verlag, Berlin 1958, S. 20 f.

men. Christus ging unter die armen Fischer und suchte sich aus ihnen seine Jünger. Er war der Freund der Zöllner und Samariter, also der Geächteten seiner Zeit. Der Christ von heute muß zu den Armen und Verstoßenen finden, er muß aber auch dem großartigen Problem der Arbeit und des Arbeiters aufgeschlossen gegenüberstehen.“¹³⁷ Otto Nuschke bezieht sich offenbar auf diese Stellen im Matthäusevangelium: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, wo sie die Motten und der Rost fressen und wo die Diebe einbrechen und stehlen.“¹³⁸ und „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“¹³⁹ Mammon ist der Götze des materiellen Reichtums, sozusagen der „Gott des Kapitals“. Otto Nuschke sagte ein Jahr später in einer Rede, worin er die Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR kundtat nach der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 kundtat: „Das große Vorbild des sozialistischen Aufbaus ist die Sowjetunion.“¹⁴⁰ In der Rede betonte er auch, dass Christen und Marxisten-Leninisten beim sozialistischen Aufbau zusammenarbeiten¹⁴¹. Das wiederholte er später mehrfach¹⁴². Unter diesen späteren Aussage stechen diese Worte besonders heraus: „Im Ringen um die hohen Menschheitsideale Gleichberechtigung, Souveränität und territoriale Integrität aller Völker, ob klein oder groß, stehen wir mit den Marxisten Schulter an Schulter. Wir verwerfen den Kolonialismus aus unserer christlichen Überzeugung, der Marxist tut es aus Gründen des sozialistischen Humanismus. Wir finden uns mit den Marxisten zusammen in der hohen Achtung vor der Arbeit, die dem Wohl und dem Wohlstand unseres gesamten Volkes dient.“¹⁴³ In diesem Artikel verneinte Nuschke die imperialistische Lüge, dass es in der DDR nur

137 „Dem Evangelischen Kirchtag zum Gruß“ (9. September 1951) In: Ebenda, S. 32/33.

138 Matthäus 6, 19 In: „Bibel – Neues Testament mit Psalmen und Sprüchen“, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart 1999, S. 21.

139 Matthäus 6, 24 In: Ebenda.

140 „Christen arbeiten mit am Aufbau des Sozialismus!“ (24. Juli 1952) In: Otto Nuschke „Mahnung und Beispiel“, Union Verlag, Berlin 1958, S. 69.

141 Vgl. Ebenda, S. 72.

142 Siehe bspw.: „Christen, kämpft mit der CDU für Frieden, Einheit und Sozialismus!“ (17. Oktober 1952) In: Ebenda, S. 79 ; „Neue gesellschaftliche Orientierung der Christen tut Not!“ (7. Dezember 1955) In: Ebenda, S. 250.

143 „Utopisten“ (23. September 1956) In: Ebenda, S. 282.

„Satellitenparteien“ gäbe¹⁴⁴. Im Februar 1953 attackierte Otto Nuschke die halbfaschistische Innenpolitik Adenauers und sprach von der „Anwendung faschistischer Unterdrückungsmethoden durch die Bonner Regierung“¹⁴⁵. Zum zehnten Jahrestag der CDU nannte Nuschke unter anderem deshalb, wie auch die Übernahme von Alt-nazis wie Globke in hohe Positionen, die West-CDU eine „neofaschistische Partei par excellence“¹⁴⁶. Am 27. Dezember 1957 verstarb Otto Nuschke, als er einen Herzinfarkt erlitt. Das war einen Tag nach seiner letzten Ansprache im Radio¹⁴⁷. Der Hauptvorstand der CDU schrieb in einem Nachruf auf den Toten: „So wie Otto Nuschke arbeitete und kämpfte, so wollen wir seinem Beispiel folgen.“¹⁴⁸ Nach seinem Ableben wurde August Bach zum Vorsitzenden der CDU gewählt. Gerald Götting schrieb über August Bach: „Mit August Bach trat ein Politiker an die Spitze der CDU, der das Vermächtnis unseres unvergessenen Otto Nuschke, des Vaters und Lehrers unserer Partei, wahrte und zielstrebig fortsetzte.“¹⁴⁹ August Bach erklärte in der Tat schon im Jahre 1953 Otto Nuschke zu einem Vorbild für die Parteimitglieder¹⁵⁰. Das wiederholte er im Juni 1958 zum 13. Jahrestag der CDU in einer Rede¹⁵¹ und im Februar 1963 hielt er eine Rede zum 80. Geburtstag von Otto Nuschke und seines Vermächtnisses, besonders im Hinblick auf die Mitarbeit am sozialistischen Aufbau in der DDR¹⁵². Der

144Siehe: Ebenda, S. 281.

145 „Widersteht den neuen Anfängen des Faschismus!“ (23. Februar 1953) In: Ebenda, S. 99.

146 „Zehn Jahre CDU“ (26. Juni 1955) In: Ebenda, S. 217.

147Siehe: „Mahnung“ (26. Dezember 1957) In: Ebenda, S. 329 ff.

148 „Sein Werk in seinem Geiste fortführen“ In: Ebenda, S. 334.

149Gerald Götting „August Bach – ein aufrechter Streiter für Frieden und sozialen Fortschritt“ In: August Bach „Aus Reden und Aufsätzen 1946 – 1966“, Union Verlag, Berlin 1977, S. 5.

150Siehe: „Otto Nuschke zu seinem 70. Geburtstag“ (21./22. Februar 1953) In: Ebenda, S. 31.

151Siehe: „Gemeinsam für Frieden und Sozialismus“ (26. Juni 1958) In: Ebenda, S. 45.

152Siehe: „Sein Werk in Ehren halten und in Treue vollenden“ (23. Februar 1963) In: Ebenda, S. 65 ff.

thüringische Landesbischof der Evangelischen Kirche Moritz Mitzenheim, der ebenfalls ein wichtiges CDU-Mitglied war, sagte auf dem Trauergottesdienst für Otto Nuschke: „*Sein Ziel soll unser Ziel bleiben.*“¹⁵³ August Bach sagte auf dem 10. Parteitag der CDU im Juni 1960, dass die CDU auch weiterhin an der sozialistischen Umgestaltung teilnimmt und besonders dabei helfen wolle, die neuen LPGs zu festigen¹⁵⁴. Im Jahre 1961 rief Moritz Mitzenbach zur freiwilligen Hilfe in der landwirtschaftlichen Produktion auf, weil in Thüringen es durch schlechtes Wetter zu Rückständen in der Produktion kam¹⁵⁵. Zum 15. Jahrestag der SED im April 1961 betonte August Bach, dass Marxisten und Christen in der DDR zusammenarbeiten und dass das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze seien¹⁵⁶. Moritz Mitzenheim sah das genauso. Er betonte es in einem Beitrag zum 70. Geburtstag Walter Ulbrichts im Jahre 1963¹⁵⁷ und einer Rede auf dem 11. Parteitag der CDU im Jahre 1964¹⁵⁸. Auf eben diesem Parteitag hielt August Bach das Hauptreferat. Zu Beginn hob er hervor: „*Frieden und Sozialismus gehören untrennbar zusammen. Diese Tatsache stellt für uns als Christen eines der stärksten Argumente für unser politisches Ja zum Sozialismus dar.*“¹⁵⁹ Weiter in der Rede wandte sich Bach gegen die „christlichen Obrigkeiten“, die abverlangten sich unter die herrschende Klasse unterzuordnen, dass nur der Sozialismus eine „dialektische Einheit“ des „Herrschens und

153 „Sein Ziel – unser Ziel“ In: Moritz Mitzenheim „Politische Diakonie“, Union Verlag, Berlin 1967, S. 39.

154Vgl. „Für Frieden und Sozialismus“ (22. Juni 1960) In: August Bach „Aus Reden und Aufsätzen 1946 – 1966“, Union Verlag, Berlin 1977, S. 54.

155Vgl. „Unseres Volkes Brot sichern“ (1961) In: Moritz Mitzenheim „Politische Diakonie“, Union Verlag, Berlin 1967, S. 64.

156Vgl. „Zum 15. Jahrestag der SED“ (21. April 1961) In: August Bach „Aus Reden und Aufsätzen 1946 – 1966“, Union Verlag, Berlin 1977, S. 57.

157Siehe: „Gespräche zum Besten unseres Volkes“ In: Moritz Mitzenheim „Politische Diakonie“, Union Verlag, Berlin 1967, S. 95.

158Siehe: „Gemeinsamen Aufgaben verpflichtet“ In: Ebenda, S. 113.

159August Bach „Die Aufgaben der CDU beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“ (30. September bis 3. Oktober 1964), Hrsg.: Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, o. O. 1964, S. 3.

Dienens“ verwirklicht und nur dieser dazu in der Lage ist einen dauerhaften Frieden zu garantieren und die einzige Gesellschaftsordnung ist, die die gesellschaftlichen Probleme lösen kann¹⁶⁰. Er übte auch harte Kritik an der CDU/CSU, die das Christentum nur im Namen trägt, aber in der Tat imperialistisch ist¹⁶¹. Gegen Ende seiner Rede sagte Bach, dass es nicht dem Christentum entgegensteht, wenn die Kinder den Marxismus-Leninismus kennenlernen und der Glaube den Christen frei macht zur Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse¹⁶². Aber er machte klar, dass die Schulen in der DDR „keine atheistischen Bekenntnisschulen“ sein dürfen¹⁶³. Im Juli 1965 hielt Moritz Mitzenheim auf einem Kommissionstreffen in Helsinki für den Völkerkongress für den Frieden eine Rede gegen den Antikommunismus¹⁶⁴. Im Oktober 1964 schrieb Oberkirchenrat Gerhard Lotz, der ebenfalls Mitglied der CDU war, in einem Nachwort zu einer Werksammlung von Moritz Mitzenheim: *„Individuelle Caritas am Nächsten darf kein Alibi sein für die Flucht aus der Mitverantwortung für die gerechte, vernünftige, friedliche Gestaltung der Welt.“*¹⁶⁵ Damit war der Sozialismus gemeint und es war eine Abrechnung mit jenen, die meinen, ihre Nächstenliebe sei damit abgegolten, wenn sie nur ein paar Münzen in eine Spendenbox werfen, statt die Bedingungen zu schaffen, diese obsolet zu machen. August Bach brachte diesen Gedanken in einer Wahlrede im Oktober 1963 noch prägnanter zum Ausdruck: *„Diese sozialistische Ordnung beruht zutiefst auf Menschlichkeit und Brüderlichkeit, weil sie die Voraussetzungen dafür schafft, die es dem Menschen ermöglichen, seinem Mitmenschen Bruder und Helfer zu sein.“*¹⁶⁶ In ähnlicher Weise betonte er das nochmals im Juni 1965 in einem Interview mit der „BZ am Abend“ zum 20. Jahrestag der

160Vgl. Ebenda, S. 6/7.

161Vgl. Ebenda, S. 21.

162Vgl. Ebenda, S. 58.

163Vgl. Ebenda, S. 59.

164Siehe: „Wider den Antikommunismus“ (Juli 1965) In: Moritz Mitzenheim „Politische Diakonie“, Union Verlag, Berlin 1967, S. 132 ff.

165Gerhard Lotz „Ein Nachwort als Vorrede“ (7./18. Oktober 1964) In: Ebenda, S. 178.

166 „Unser Bekenntnis“ (18. Oktober 1963) In: August Bach „Aus Reden und Aufsätzen 1946 – 1966“, Union Verlag, Berlin 1977, S. 72.

Gründung der CDU, als er sagte, dass *„die sozialistische Gesellschaftsordnung wie keine andere Gesellschaft zuvor der Verwirklichung der christlichen Glaubensforderung nach Frieden und dem Dienst am Nächsten umfassende Möglichkeiten erschließt.“*¹⁶⁷ Am 23. März 1966 verstarb August Bach. Moritz Mitzenheim hielt die Trauerrede¹⁶⁸. Mitzenheim brachte gegenüber Gerald Götting die Hoffnung zum Ausdruck, dass er das Werk von Otto Nuschke und August Bach weiterführen würde¹⁶⁹. Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Am 19. August 1969 sagte Mitzenheim in einer Rede auf der Wartburg: *„Humanistische Verantwortung heute bedeutet, aus Menschlichkeit und um der Menschen willen sich zu entscheiden für den Weg des Sozialismus, der – wie unsere Verfassung aussagt – in eine Zukunft des Friedens führt.“*¹⁷⁰ Damit brachte er zum Ausdruck, dass der Sozialismus die letztliche Folge des Humanismus ist.

Zusammengefasst vertrat die CDU also den Standpunkt, dass die christliche Lehre im Kerninhalt sozialistisch ist; unterstützte also den Sozialismus auf Grundlage der biblischen Lehre.

¹⁶⁷ „Dem Gründungsauf Ruf treu geblieben“ (26. Juni 1965) In: Ebenda, S. 85.

¹⁶⁸ Siehe: „Zum Tode August Bachs“ (28. März 1966) In: Moritz Mitzenheim „Politische Diakonie“, Union Verlag, Berlin 1967, S. 152 ff.

¹⁶⁹ Vgl. „Kirche und CDU“ (3. Mai 1966) In: Ebenda, S. 157.

¹⁷⁰ Zit. nach: Gerald Götting „Christen haben die Deutsche Demokratische Republik mitgestaltet“ (6. Oktober 1969) In: „Festrede des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht und Ansprachen der Vorsitzenden der Blockparteien der DDR auf der Festveranstaltung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und des Präsidiums der Nationalen Front des demokratischen Deutschland anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1969 in Berlin“, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969, S. 57.